



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	10. Sitzung
Datum	Mittwoch, den 28.02.2007
Sitzungsbeginn	18:20 Uhr
Sitzungsende	21:30 Uhr
Sitzungsort	Aula Obertorstraße 20

Anwesend waren:

vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Schmidt-Burbach,	CDU
Stellv. Ausschussvorsitzender Jeschke,	FW
Stadtverordneter Jordan,	SPD
Stadtverordneter Pohl,	SPD
Stadtverordneter Pross,	SPD
Stadtverordnetenvorsteher Volck, (i.V.f. Stv. Wießner; bis 20:35 Uhr)	SPD
Stadtverordneter Cloos, (i.V.f. Stv. Gerhardt)	CDU
Stadtverordneter Schäfer,	CDU
Stadtverordneter Scharmann,	CDU
Fraktionsvorsitzender Michalek,	B90/Grüne
Fraktionsvorsitzende Rinn, (i.V.f. Stv. Dr. Büger)	FDP

vom Magistrat:

Stadtrat Beck,	CDU
----------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Preiß, Rechtsamt	ohne
Herr Weber, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Frau Rücker, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Erbe, Tiefbauamt	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Hemmelmann, als Schriftführer
Frau John

ferner waren anwesend:

Herr Kisselbach, Mykenia Trade und Consulting GmbH (zu TOP 1)
Herr Dr. Brückmann, Ing.büro Brückmann (zu TOP. 1)

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden kam der Ausschuss überein, TOP 5 (Bau eines Lapidariums im Lottehof) zur Beratung vorzuziehen, da die Vertreterin der Verwaltung, Frau Rücker, zum gleichen Thema noch in der zeitgleich stattfindenden Sitzung des Kulturausschusses erwartet werde.

Des Weiteren verständigten sich die Ausschussmitglieder darauf, die Tagesordnungspunkte 11 - 18 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

0382/07

**Erweiterung des Gewerbegebietes Spilburg/Gewerbegebiet Schanzenfeld
Städtebaulicher Vertrag mit der Leitz-Park GmbH (ehemals Mykenia Trade und Consulting GmbH, Wetzlar)**

I/156

TOP 2

0340/06

Ausbau der nördlichen Brühlsbachstraße zwischen Bergstraße und Goldfischteich

I/138

TOP 3

0367/07

Sanierung Stadion Wetzlar und Ausbau zu einem Sport- und Leistungszentrum

I/157

TOP 4

0355/07

Sanierung Phönixstraße 35 bis 35 c - Außenanlage

I/143

TOP 5
0392/07
Bau eines Lapidariums im Lottehof Wetzlar
I/155

TOP 6
0373/07
Freibad Domblick
Anbringung von Solarmodulen
Prüfungsauftrag
I/146

TOP 7
0374/07
Aktuelle Planung zur Westumgehung
I/147

TOP 8
0363/07
Grundstücksankauf
Land Hessen
I/150

TOP 9
Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 29.01.2007

TOP 10
Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1
0382/07
Erweiterung des Gewerbegebietes Spilburg/Gewerbegebiet Schanzenfeld
Städtebaulicher Vertrag mit der Leitz-Park GmbH (ehemals Mykenia Trade und Consulting GmbH, Wetzlar)

Vor Beginn der Diskussion präsentierten die Herren **K i s s e l b a c h** und Dr. **B r ü c k m a n n** von Mykenia Trade und Consulting GmbH die Planungen für den Leitz-Park und beantworteten fachliche Fragen zu der Planung.

Stv. **S c h ä f e r** fragte an, ob die Planung bedeute, dass der Betriebshof Süd des Stadtbetriebsamtes wegfallen würde. Herr **K i s s e l b a c h** beantwortete die Frage dahingehend, dass es für das Gesamtkonzept besser wäre, das gesamte Gelände zu

bekommen und den Betriebshof zu verlagern. StR B e c k ergänzte, dass der Magistrat zur Zeit auf Grundstückssuche sei, um den Bauhof zu verlagern. Wenn dies nicht klappen sollte, d. h., wenn kein geeignetes Grundstück gefunden würde, wären größere Umbauarbeiten notwendig, um die Planung von Mykenia trotzdem umzusetzen.

Herr K i s s e l b a c h wies noch einmal deutlich darauf hin, dass der Investor unbedingt die Planungen in diesem Bereich umsetzen wolle. Das werde auch dadurch deutlich, dass man jetzt noch einmal zwei Wochen intensive Planung vornehme, um die optimale Lösung zu bekommen.

FrkV M i c h a l e k wollte wissen, ob die Erschließungsmaßnahme unter die Ziel-II-Kriterien falle und ob es schon Aussagen über Förderungsmöglichkeiten und die Höhe der Förderung gebe. StR B e c k erwiderte, dass die Planung für eine Antragstellung in Arbeit sei. Stv. S c h ä f e r schlug vor, der Bauausschuss solle einen Auftrag an den Magistrat erteilen, die Planung für die Umsetzung des Bauhofes vorzunehmen. Dies sei nicht notwendig, da die Verwaltung bereits mit Hochdruck an einer Lösung für das Bauhof-Problem arbeite, so StR B e c k.

StvV V o l c k griff den Vorschlag von Stv. Schäfer auf und regte an, der Bauausschuss solle ein Votum abgeben, dass man mit der Verlagerung des Bauhofes Süd einverstanden sei. FrkV R i n n lehnte dies ab mit der Begründung, dass der Bauausschuss nicht das richtige Gremium sei, um einen solchen Antrag zu stellen. Der Magistrat habe die Notwendigkeit, zu reagieren, selbst erkannt und sei bereits tätig.

Stv. J e s c h k e bekräftigte noch einmal, dass das Projekt nicht in Frage stehe, da die Fa. Leica ein potentieller Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber sei und daher das gesamte Projekt seitens der Stadt unterstützt würde. StR B e c k wies noch einmal deutlich darauf hin, dass zur Umsetzung der vorgestellten Planung ein Satzungsbeschluss im Bebauungsplanverfahren notwendig sei und dass dies bis Juli abgeschlossen sein müsse.

Abstimmung: 11.0.0

Auf Hinweis der Mitglieder unterstrich der Bauausschuss noch einmal deutlich, dass man das gesamte Projekt und insbesondere die Verlagerung des Bauhofes unterstützt.

TOP 2

0340/06

Ausbau der nördlichen Brühlsbachstraße zwischen Bergstraße und Goldfischteich

StR B e c k und Herr E r b e stellten die Ausbauplanung vor und erläuterten die geplanten Maßnahmen anhand der ausgehängten Planunterlagen. Der vorhandene Straßenoberbau ist verschlissen, eine dauerhafte und nachhaltige Verbesserung lässt sich nur durch eine grundhafte Sanierung erzielen. Der Ausbaubereich beschränkt sich auf den Straßenabschnitt zwischen der Bergstraße und dem Goldfischteich. Die Ausbaubreite wird durch den vorhandenen Straßenraum begrenzt. Wesentliche Planungsschwerpunkte waren die Parkplätze und die Fußgängerströme im Bereich zwischen Stadthalle und Goldfischteich. Die Anzahl der derzeitigen Parkplätze vor dem Hessenkolleg bleibe erhalten.

Der vorhandene Zebrastreifen im Ausfahrtsbereich des Parkhauses Stadthalle soll an die Einmündung Obertorstraße/Konrad-Adenauer-Promenade verlegt werden. Die Verlegung ist das Ergebnis einer sehr detaillierten Verkehrsuntersuchung. Von der Bushaltestelle Goldfischteich zur Obertorstraße und zurück queren ca. 370 Fußgänger täglich die Straße ungeschützt, während über den Zebrastreifen an der Stadthalle nur 240 Fußgänger gehen. Zwei Zebrastreifen in diesem Bereich sind nicht möglich. Daher wurde empfohlen, den Zebrastreifen an die Einmündung der Obertorstraße zu verlegen.

Der Gehweg auf der Stadthallenseite soll zu Lasten des Gehweges Goldfischteich verbreitert werden. Ferner wird die Quermöglichkeit für Fußgänger an der Einmündung der Christian-Lehr-Promenade/Geiersberg durch Absenkung der Bordsteine berücksichtigt. Derzeit wird noch überprüft, ob zusätzlich zu den Absenkungen noch eine Aufhellung des Übergangsbereiches im Asphalt, wie am Übergang Bahnhofstraße zum Forum, machbar ist.

Die ÖPNV-Haltestellen vor dem Hessenkolleg werden behindertengerecht mit Kasseler Borden ausgebaut. Wenn möglich, sollen Haltestellenüberdachungen aufgestellt werden. Auf Empfehlung der Planer werden im gesamten Ausbaubereich Hochbordsteine verwendet. Allerdings werden für die jeweiligen Hofeinfahrten die Bordsteine abgesenkt.

FrkV M i c h a l e k fragte an, ob der Grund für die Umlegung der unteren Bushaltestelle Einwände anlässlich der Anliegerversammlung seien. Dies wurde von StR B e c k verneint. Des Weiteren wollte er wissen, ob der Gehwegbereich südöstlich des Goldfischteiches wegfällt. Dies wurde von Herrn E r b e bejaht.

Stv. J o r d a n erkundigte sich, welche Beschwerden oder Wünsche bei der Anliegerversammlung vorgetragen worden seien. Herr E r b e teilte mit, dass folgende Anregungen bzw. Einwände vorgebracht wurden:

1. Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Brühlsbachstraße

Dieses Anliegen wurde innerhalb der Verkehrs-Koordinationsgruppe besprochen und von Straßenverkehrsbehörde und Polizei abgelehnt. Die Brühlsbachstraße hat eine Zubringerfunktion zur Altstadt und ist daher nicht mit der als Vergleich genannten Lösung Frankfurter Straße vergleichbar. Eine Tempo-30-Zone sei nicht sachdienlich.

2. Parken auf dem Gehweg durch Busse

Dies ist seitens des Tiefbauamtes und der Straßenverkehrsbehörde nicht gewollt. Die Busse müssen zum Ein- und Ausstieg am Gehweg parken.

3. Ausgestaltung des Straßenrandes mit Rundbordanlagen

Hier hat das Tiefbauamt dennoch die Hochbordanlage gewählt, weil sie aufgrund der Verkehrssicherheitslage die bessere Lösung darstellt. Diese Maßnahme ist mit Straßenverkehrsbehörde und Polizei abgestimmt. Ein Be- und Entladen ist weiter möglich und durch die Absenkung der Grundstückseinfahrten ist auch den Anwohnern Rechnung getragen.

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h fragte nach, ob mit der vorhandenen Fahr-

bahnbreite Busse einander passiert werden könnten. Herr E r b e sagte, dass die Fahrbahnbreite von 6 m dafür ausreiche. Stv. J e s c h k e wollte wissen, warum in dem Bereich zwischen Fußgängerquerung und Bergstraße ein Hochbord und nicht beidseitig Schrammbords verwendet wurden und bezog sich dabei auf die vorgelegte Planungszeichnung. Herr E r b e wies darauf hin, dass die Darstellung in der Vorlage geändert werden muss, da sich zwischenzeitlich die geschilderten Änderungen ergeben haben und Hochbordsteine empfohlen werden.

FrkV M i c h a l e k begrüßte noch einmal die vorgelegte Planung. Die Situation in der Brühlsbachstraße sei gefährlich. Insofern verspreche er sich eine wesentliche Besserung. Stv. P r o s s fragte an, ob während des Haltens der Busse neben der Stadthalle der vorbeifahrende Verkehr warten müsse und ob das so von den Planern gewollt sei. Herr E r b e bestätigte dies, teilte aber auch gleichzeitig mit, dass dies nicht problematisch sei, da genügend Aufstellfläche für die Pkw vorhanden und andererseits die Haltezeit der Busse nur von kurzer Dauer sei.

Abstimmung: 7.0.4

TOP 3

0367/07

Sanierung Stadion Wetzlar und Ausbau zu einem Sport- und Leistungszentrum

StR B e c k ergänzte die Vorlage um die vom Magistrat vorgebrachten Änderungswünsche und teilte gleichzeitig mit, dass der Sozialausschuss der so geänderten Vorlage mit 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt habe.

FrkV M i c h a l e k bat um Erläuterung, wie die Änderungen unter Absatz 1 zu verstehen seien. Herr W e b e r erklärte, es sei eine Vorplanung erstellt worden, um einen entsprechenden Förderantrag zu stellen. Dazu sei zunächst einmal die grundsätzliche Frage zu beurteilen, ob man einen Stadionumbau - wie in den Varianten der Vorlage dargestellt - will oder nicht.

FrkV M i c h a l e k führte aus, dass nach seiner Meinung das jetzige Stadion bereits ein „Leistungszentrum Leichtathletik“ darstelle und fragte weiter an, warum man jetzt den Begriff „Sport- und Leistungszentrum“ wählt und ob ein Zusammenhang mit dem in der Vorlage genannten Standard des DFB besteht. Des Weiteren bat er um Auskunft, warum zusätzliche Kosten dadurch entstehen, dass umfangreiche Gründungen vorgenommen werden müssen. Es handele sich hierbei um eine Summe von 300.000 €.

Zur letzten Frage erläuterte StR B e c k, dass dies für die Variante mit nur einer Tribüne gelte und dass damit zusammenhänge, dass man dann in relativer Nähe zur Lahn einen Bau mit größeren Flächen als bei der Alternative (zwei Tribünen) benötige und dafür größere Pfahlgründungen notwendig seien. Im Übrigen wies er auf die Problematik hin, dass bei dem Bau von nur einer Tribüne der Spielbetrieb für 1 ½ Jahre ruhen müsse. Daher wurden beide Varianten gerechnet. Die Entscheidung liege letztendlich bei der Stadtverordnetenversammlung.

Herr W e b e r erläuterte die erste Frage von Herrn Michalek dahingehend, dass für die Bezuschussung nur die Standards des Deutschen Leichtathletikverbandes maß-

gebend seien. Als Nebeneffekt würden natürlich auch die Standards des DFB erfüllt. Dies war aber nicht erste Priorität bei der Planung. Die Bezeichnung „Sport- und Leistungszentrum“ komme aus den Begriffsdefinitionen des Fördertopfs der Hessischen Landesregierung. Er bestätigte noch einmal die Ausführungen von StR Beck, dass die umfangreichen Gründungen erforderlich werden, wenn nur eine Tribüne gebaut wird, weil eine größere Fläche als die jetzt vorhandene bebaut werden muss.

StvV Volck bezog sich auf die Begründung der Vorlage und bezweifelte hier insbesondere die vorgebrachte Nutzungshäufigkeit des Stadions durch die SG Eintracht 05 Wetzlar. Er forderte einen tatsächlichen Belegungsplan. StR Beck legte die Belegungsplanung für 2007 vor, aus der die Angaben in der Vorlage bestätigt wurden. Stv. Schäfer ergänzte, dass es darum gehe, ob ein neues Stadion gewollt sei oder nicht. Darüber sollte abgestimmt werden und nicht darüber, wer das Stadion dann belege.

FrkV Michalek äußerte Bedenken. Es ginge immerhin um 2,9 Mio. €. Die Stadt müsse genau überlegen, ob diese Investition getätigt werden muss oder nicht. Die Frage ist seiner Meinung nach, welche kleinere Variante man evtl. planen könnte. Es würden alle Belange aller möglichen Vereine berücksichtigt. Die Version sei seiner Meinung nach zu teuer. Daher seine konkreten Fragen:

- Wie hoch sind die zu erwartenden Zuschüsse?
- Warum ist keine kleinere günstigere Variante aufgeführt?

Der Antrag geht nach seiner Auffassung über den Bedarf in Wetzlar hinaus.

Herr Weber erwiderte, dass es in der Vorlage zwei Varianten gebe, nämlich die mit einer Tribüne und die mit zwei Tribünen. Die Räumlichkeiten seien nach den heutigen Anforderungen gestaltet worden und so auch in die Planung eingeflossen.

StR Beck unterstützte die Aussage dahingehend, dass man entscheiden müsse, ob man ein Stadion wolle oder nicht. Des Weiteren erläuterte er zu den Fragestellungen von Herrn Michalek, dass es einen Fördertopf für Sportstätten gebe. Dazu brauche man einen entsprechenden Antrag. Damit der Antrag den Förderrichtlinien entspreche, wurde er so ausgestaltet wie er jetzt vorliege.

Stv. Jordan fragte an, ob der Kriterienkatalog für die Förderung den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben werden könne. StvV Volck wies noch einmal darauf hin, dass seiner Meinung nach die Begründung nicht schlüssig sei. Der Belegungsplan von 2007 sei nicht aussagefähig. Die Begründung sei insofern falsch. Vielmehr stelle sich die Frage, ob der tatsächliche Bedarf ein Stadion in dieser Größenordnung erforderlich mache.

FrkV Rin n fragte, ob der Raumbedarf so hoch sein müsse, um die Förderung zu bekommen und ob er den Bedürfnissen entspreche, wie sie heute vorliegen. Herr Weber antwortete, dass der Raumbedarf so hoch sein müsse, um einen Förderantrag zu stellen und er ganz klar dem Bedarf entspreche, wie er sich zur Zeit darstelle.

Stv. Cloos wies noch einmal darauf hin, dass gemäß des Beschlusstextes nur darüber zu beschließen sei, ob ein Förderantrag gestellt werden solle oder nicht. Stv. Jordan machte noch einmal deutlich, dass es der SPD nicht darum ginge, den Stadionumbau zu verhindern. FrkV Michalek bat den Magistrat, den Belegungsplan 2006 rechtzeitig bis zur Stadtverordnetensitzung am 13.03.2007 vorzu-

legen.

StR B e c k verwarfte sich noch einmal deutlich gegen den Vorwurf, dass der Magistrat den städtischen Gremien Informationen vorenthalte. Jede Planung setze interne Abstimmungsgespräche voraus, bevor man sie den parlamentarischen Gremien zur Beratung vorlegen könne.

Auf Frage des Stv. J e s c h k e wies StR B e c k darauf hin, dass es sich hierbei nicht um Mittel aus der Ziel-II-Förderung handele, sondern aus dem Bereich der Sportförderung. Die Verfügbarkeit dieser Mittel sei begrenzt.

FrkV M i c h a l e k beantragte getrennte Abstimmung des Punktes 1 sowie der Punkte 2 und 3 gemeinsam.

Abstimmung:

Punkt 1: 6.1.4

Punkte 2 und 3: 7.0.4

TOP 4

0355/07

Sanierung Phönixstraße 35 bis 35 c - Außenanlage

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 9.0.0

TOP 5

0392/07

Bau eines Lapidariums im Lottehof Wetzlar

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h gab einige einführende Erläuterungen und wies auf die zwei verschiedenen Ausführungsvarianten hin. StR B e c k ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass der Magistrat den Vorschlag 2 b) zur Abstimmung vorschlägt und wies gleichzeitig darauf hin, dass es nach einem Ortstermin mit dem Denkmalbeirat vom 14.02.2007 geringfügige Änderungen zu dem Vorschlag 2 b) gegeben habe.

Auf Nachfrage von FrkV M i c h a l e k erläuterte Frau R ü c k e r die Ergänzungen, die der Denkmalbeirat vorgeschlagen hat. Dies sind im Wesentlichen:

- Wegfall des Treppenabganges im Hof. Die im Hof befindliche Rasenfläche soll dabei etwas abgeöschert werden, so dass keine Treppen mehr zum Kieshof notwendig sind.
- Die Stellwand mit den Exponaten soll auf die westliche Seite verlagert werden, um einen besseren Wetterschutz zu bieten.

- Der wasserdurchlässige Belag im Hof soll durch eine wassergebundene Decke ausgetauscht werden.
- Der vorgesehene Brunnen mit Wasserspeier soll dahingehend geändert werden, dass die Brunnenfunktion entfällt.

Stv. P o h l fragte, aus welchen Gründen die Version 2 b) bevorzugt würde. StR B e c k wies darauf hin, dass die ausschlaggebenden Gründe für die Auswahl dieser Version Denkmalschutzgründe seien und nicht Kosten. Frau R ü c k e r ergänzte, ein maßgeblicher Punkt sei für den Denkmalbeirat gewesen, dass die historische Form des Daches, so wie sie von Herrn Schreiber vorgeschlagen wurde, nicht gewünscht ist, sondern eine moderne Blechabdeckung, wie sie in der Version 2 b) zu sehen ist. AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h bestätigte diese Auffassung mit dem Hinweis, dass damit auch der Schutz für das Mauerwerk gegen die Witterungseinflüsse gewährleistet sei.

FrkV M i c h a l e k erklärte, dass nach seiner Meinung die Blechabdeckung nicht gut zu dem ganzen Ensemble passe. Stv. S c h ä f e r machte darauf aufmerksam, dass die Variante 2 b) ausgewählt wurde, weil die Hochzeitslaube dadurch besser zur Geltung komme.

FrkV M i c h a l e k stellte den Antrag, auf das Blech zu verzichten. Frau R ü c k e r erwiderte, dass die Ausgestaltung mit einem Blechrahmen besser dazu geeignet sei, das Mauerwerk gegen Witterungseinflüsse zu sichern. FrkV M i c h a l e k wies darauf hin, dass es Beispiele für andere Lösungen in anderen Städten gebe, die kein Blech verwendet hätten.

StR B e c k führte aus, dass am kommenden Freitag ein Symposium für Sandsteinkonservierung stattfindet und bot an, dort die Fragestellung zum effektiven Schutz des Mauerwerks zu besprechen. Gleichzeitig könne man seitens der Verwaltung zusichern, das Blech so unauffällig wie möglich auszugestalten. Frau R ü c k e r bot ebenfalls noch einmal an, die Problematik Witterschutz bei der Hochzeitslaube anlässlich der Fachtagung in Wetzlar zu klären. StR Beck wird über das Ergebnis im Ältestenrat berichten.

Abstimmung über die Variante 2 b) mit der Ergänzung des Denkmalbeirates: 6.0.5

TOP 6
0373/07
Freibad Domblick
Anbringung von Solarmodulen
Prüfungsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 9.0.0

TOP 7

0374/07

Aktuelle Planung zur Westumgehung

StR B e c k berichtete über die Beratung im Umweltausschuss, verwies noch einmal auf die Alternativen-Prüfung Lahnaue und kündigte in diesem Zusammenhang an, in der nächsten Gremienrunde eine detaillierte Planung vorzustellen.

Die Vorlage wurde im Geschäftsgang belassen.

TOP 8

0363/07

Grundstücksankauf Land Hessen

Abstimmung: 10.0.0

TOP 9

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 29.01.2007

Mitteilungen

- StR B e c k beantwortete die Anfrage von Herrn Michalek zur Kennzeichnung emissionspflichtiger Kraftfahrzeuge dahingehend, dass die Plaketten ab dem 01.03.2007 bei jeder Zulassungsstelle, z. B. beim Lahn-Dill-Kreis, sowie jeder anerkannten Stelle für die Durchführung von ASU-Untersuchungen zu bekommen sind.
- StR B e c k beantwortete eine Anfrage zum Baubeginn der Rechtsabbiegespur Bannstraße (Anfrage des Stv. Wagner zur Stadtverordnetensitzung am 14.02.2007) dahingehend, dass es deshalb Verzögerungen gab, weil man keine Einigung mit den Eigentümern der noch zu erwerbenden Grundstücke erzielen konnte. Durch die Verlängerung der Abbiegespur wird die Einfahrt des Parkplatzes des betroffenen Grundstückseigentümers eingengt, dafür will man einen Ausgleich haben, und zwar im Bereich des jetzigen Busparkplatzes im Bahnhofsvorfeld. Diese Forderung könne seitens der Stadt nicht erfüllt werden, da man keine Flächen abgeben könne, solange die Planung des Busbahnhofes noch nicht abschließend geklärt sei. Eine kurzfristige Einigung sei nicht zu erzielen. Daher habe man sich seitens des Magistrats entschieden, jetzt eine etwas kürzere Abbiegespur zu bauen. Die Baumaßnahmen werden in Kürze beginnen.

- Zur Anfrage des Stv. J o r d a n zum Sachstand Sanierung Gebäude Barfüßerstraße 5/Steighausplatz teilte StR B e c k mit, dass ihm ein Bauzeitenplan am heutigen Tage zugemailt worden sei. Ein Baubeginn werde dort für Mitte Mai vermerkt. Nach erster Inaugenscheinnahme scheint der Bauzeitenplan glaubwürdig. Er werde den Ausschuss weiter über den Sachstand informieren.
- Auf Anfrage des Stv. J o r d a n zum Sachstand Haarplatz teilte StR B e c k mit, dass der Investor neue Pläne vorgelegt habe und diese noch verwaltungsintern geprüft werden müssen. Er werde den Ausschuss zu gegebener Zeit informieren.
- Zur Anfrage des FrkV M i c h a l e k zum Sachstand Dillfeld - Hochwasserschutz/ Retentionsraum teilte StR B e c k mit, dass die Firma Buderus Edelstahl zur Zeit Überlegungen anstelle, noch weitere Investitionen zu tätigen. Daher müsse evtl. der Hochwasserschutz noch einmal geändert werden. Diese hänge insbesondere mit der Verlegung eines Gleisanschlusses und der etwas geänderten Straßenführung zusammen. Sobald Details bekannt seien, werde eine entsprechende Planung vorgelegt.

Anfragen

- Stv. J e s c h k e bezog sich auf einen Zeitungsartikel zur Vermarktung der Bahnhofstraße und erfragte den Sachstand „Entwicklung Gebäude ehem. Fa. Watermeyer“. StR B e c k wies darauf hin, dass das Gebäude zur Zeit nicht zu vermarkten sei. Der Investor habe Schwierigkeiten, einen Pächter oder Käufer zu finden. Allerdings werde die Situation seitens der Stadt beobachtet. Es sei festzustellen, dass der Innenausbau - wenn auch nur schleppend - weiter vorangetrieben werde.
- FrkV M i c h a l e k bat um Sachstand „EBS Ersatzbrennstoff-Kraftwerk“. StR B e c k teilte mit, dass es keinen neuen Sachstand gebe. FrkV M i c h a l e k fragte weiter, was dies konkret bedeute. Daraufhin erwiderte StR B e c k, dass eine schriftliche Bestätigung der Fa. HerHof auf Einhaltung der Grenzwerte beim Bau des Kraftwerkes eingegangen, danach aber kein weiterer Kontakt mehr erfolgt sei. Man müsse die nächsten Tage abwarten.
- Stv. P o h l fragte an, wer in der Hermannsteiner Straße gegenüber des Autohauses Wetzlar baue. StR B e c k antwortete, dass der TÜV dort seine neue Prüfungsstelle errichte.
- Stv. C l o o s erkundigte sich nach dem weiteren Fahrplan für das Baugebiet „Schattenlänge“ in Münchholzhausen. StR B e c k erklärte, dass die Abstimmungsgespräche laufen. Es müssten noch interne Klärungen herbeigeführt werden. Mit einem Entwurf sei im Laufe des Jahres zu rechnen. FrkV R i n n fragte an, ob parallel noch andere Baugebiete geplant würden. Dies wurde von StR B e c k bestätigt. Er wies aber auch darauf hin, dass man jetzt ein neues Baurecht habe, das insbesondere im Bereich des Umweltrechts verschärft worden sei. Zum Baugebiet „Schattenlänge“ ergänzte StR B e c k, dass man beabsichtige, dieses Jahr Baurecht zu schaffen.

Niederschrift vom 29.01.2007

Die o. g. Niederschrift wurde ohne Anmerkungen einstimmig genehmigt.

TOP 10

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h schloss den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.